

Anders lag es mit Gesprächen auf Parteiebene. Sie gehörten nicht zum Alltag, wurden freilich auf dörflicher und instädtischer Ebene aufgrund des engen Zusammenlebens nicht gescheut. Und auch auf höchster Ebene haben die Kontakte mit führenden SED-Mitgliedern, ja auch Mitgliedern des Zentralkomitees, manche Klärungen bringen können.

Gespräche mit der Staatssicherheit allerdings gehörten auf keinen Fall zu den Selbstverständlichkeiten. Sofern es sich jedoch um Verhandlungen mit den (Haupt)Abteilungen IX (Untersuchung) und XIV (U-Haft, Strafvollzug) handelte, um Inhaftierte freizubekommen, sind sie gesondert zu werten. Es leuchtet ein, daß diese Gespräche, die Inhaftierte aus dem Zuständigkeitsbereich des MfS freizubekommen suchten, notwendig waren. Diese Gespräche bedurften allerdings auch nicht der Geheimhaltung gegenüber dem kirchlichen Auftraggeber.

Das undifferenzierte Nebeneinanderstellen von Gesprächen mit Regierungsvertretern, Parteifunktionären und dem MfS muß daher unbedingt vermieden werden. Denn setzt man jeden Kontakt zum MfS - wie es noch häufig geschieht - mit dem Verrat von Freunden und Bekannten gleich, werden auch Kontakte zu Regierung und Partei in dasselbe Zwielficht gezogen, in dem Gespräche mit dem MfS gesehen werden.

Allerdings ist der Versuch, eine grundsätzliche Trennung der Gesprächsebenen festzuhalten, nur bedingt möglich. Es ist zu berücksichtigen, daß bei der engen Verflechtung der Instanzen eine klare Trennung der jeweiligen Zuständigkeitsbereiche der DDR-Institutionen nicht gegeben war. Das mahnt noch einmal dazu, daß MfS-Problem nicht isoliert zu behandeln.

6. Die hitzige Debatte darüber, in welchem Maß die Staatssicherheit die Kirche beeinflusst hat, zeugt von der Sehnsucht, die moralische Unversehrtheit der Kirche festhalten zu können. Die starken Angriffe auf die Kirche können also auch so gewertet werden, daß man um die Reinheit der Kirche ringt.

7. In keinem Bereich wird so heftig um die Verquickung einer Institution und ihrer einzelnen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter gestritten wie im Bereich der Kirche. In allen Kirchen der neuen Bundesländer sind besondere Ausschüsse zur Überprüfung der MfS-Kontakte eingesetzt worden. Dennoch wird von Mitchristen und Nichtchristen mehr gefordert. Hier wird der Kirche eine Stellvertreterrolle für die Gesellschaft zugewiesen. Die Christen können sich wohl der Last, als gesellschaftlicher Sündenbock zu dienen, nicht entziehen, sollten sich aber um ein möglichst unverstelltes Erinnern der Verhältnisse und Verhaltensweisen bemühen.